

GKV-Beiträge 2027 stabilisieren: Koalition muss Ausgaben wirksam begrenzen.

Die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) steigen rasant. Für das Jahr 2027 droht ein Defizit von mindestens 12 Mrd. Euro. Die FinanzKommission Gesundheit (FKG) soll bis Ende März 2026 Vorschläge machen, wie die Zusatzbeiträge im Jahr 2027 stabilisiert werden können. Arbeitnehmer und Arbeitgeber mussten in den vergangenen Jahren beispiellose GKV-Beitragssteigerungen tragen. Um diese Spirale aus immer weiter steigenden Beiträgen zu stoppen, muss sich die Koalition bei der Umsetzung der FKG-Vorschläge auf die Ausgabenseite der GKV konzentrieren. Die Techniker Krankenkasse (TK) fordert schnelle und wirksame Maßnahmen in allen Leistungsbereichen.

Die FinanzKommission Gesundheit wird Impulse geben

Die TK hat, wie viele andere Akteure auch, der FKG zahlreiche Vorschläge gemacht, an welchen Stellen im Gesundheitssystem schnell substanzielle Effizienzreserven gehoben werden können. Die Fülle der Maßnahmen zeigt, dass es in allen Leistungsbereichen der GKV Potenzial gibt. Die TK vertraut darauf, dass die FKG mit ihrem ersten Bericht starke Impulse für Effizienz und Kostenbewusstsein im Gesundheitswesen setzen wird.

Die Koalition muss die Vorschläge schnell umsetzen

Die Koalition muss das Aufbruchssignal der FKG nutzen und in allen Ausgabenfeldern der GKV spürbare Sparmaßnahmen für das kommende Jahr umsetzen. Dazu gehören nach Auffassung der TK Maßnahmen aus der folgenden Aufzählung:

	<i>pro Jahr in Mio. Euro</i>
Erhöhung des Herstellerabschlags auf patentgeschützte Arzneimittel auf 17 %	3.400
Aufhebung Privilegierung von Orphan Drugs	60
Rückwirkung des AMNOG-Erstattungsbetrags in der ambulanten und stationären Versorgung	500
Soll-Regelung bei Arzneimittel-Preisobergrenze streichen	400
Erhalt und Weiterentwicklung der Leitplanken zur Bestimmung des Arzneimittel-Erstattungsbetrages	100
Streichung der Meistbegünstigungsklausel in Krankenhäusern	1.200
Streichung der zusätzlichen „vollen Tarifrefinanzierung“, mindestens aber Rückkehr zur hälftigen Refinanzierung	530
Pflegebudget: Anpassungen der unbegrenzten Selbstkostendeckung	1450

Pflegebudget: Streichung der pauschalen Finanzierung der pflegeentlastenden Maßnahmen	600
Normierung des DRG-Systems	1000
Strukturzuschläge und Zuschläge für Kurzzeittherapie in der Psychotherapie nur für dringende Fälle	250
Wiedereinführung der Budgetierung von Leistungen der Haus- und Kinderärzte, mindestens aber die Korrektur des Methodenfehlers der Entbudgetierung	680
Streichung der ambulanten Vergütungsregelungen zur Terminvermittlung, mindestens aber die Bereinigung um die TSVG-Fördertatbestände	1000
Fortführung der reduzierten zahnärztlichen Veränderungsrate	230
Wiedereinführung von Hilfsmittel-Ausschreibungen mit Qualitätsparametern	350
Paritätische Berechnung der Sozialversicherungsbeiträge aus Krankengeldzahlungen	600
Innovationsfonds: Reduktion des Fördervolumens und Fokussierung des Fördermechanismus	100
Hinweispflicht per Brief durch Krankenkassen bei Beitragserhöhung streichen	50

Belastungen breit verteilen

Die GKV-Beitragszahlenden haben lange genug die Last der Kostensteigerungen allein getragen. Die Stabilisierung der GKV-Finzen ist eine gemeinsame Aufgabe des Gesundheitssystems. Von den Leistungserbringern bis zu den Kostenträgern müssen alle Beteiligten ihren Beitrag leisten. Für zusätzliche Ausgaben besteht kein finanzieller Spielraum. Von einer Erhöhung des Apothekenfixums muss die Koalition daher absehen. Die Krankenkassen leisten bereits 2026 einen Beitrag und sparen 100 Millionen Euro Verwaltungskosten. Weitere 50 Millionen Euro können durch den Wegfall einer bürokratischen Auflage eingespart werden: Die verpflichtenden Briefe zur Zusatzbeitragsentscheidung sind überflüssig. Die Informationen können über andere Wege insbesondere über die Webseiten der Krankenkassen und den Kundenservice den Versicherten kommuniziert werden. Die Briefe verursachen vor allem durch hohe Druck-, Papier- und Portokosten vermeidbare Verwaltungsausgaben.

Die weiteren Handlungsfelder für eine nachhaltige Stabilisierung der GKV sind bekannt: Auch der Staat muss seinen Anteil leisten und die versicherungsfremden Leistungen der Kranken- und Pflegeversicherung endlich aus öffentlichen Haushalten bezahlen. Um die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben dauerhaft zu schließen, braucht es neben einem kurzfristigen Ausgabenstopp nachhaltig wirksame Strukturreformen und einen effizienteren Einsatz der vorhandenen Mittel.

Techniker Krankenkasse
Büro Berlin
Luisenstraße 46, 10117 Berlin
Tel.: 030 - 288847-10
berlin-gp@tk.de